

## Abgeordnetenhaus.

109. Sitzung, Dienstag, den 15. Januar 1918.

(Fortsetzung aus dem Abendblatt.)

### Anträge zur Frauenfrage.

Abg. Graef (kons.) fortsetzend: Die Rechtstage der Frau ist durch das B. G. B. hinreichend gesichert. Wo sich Abänderungen als notwendig herausstellen, wird der männliche Gesetzgeber gern dazu bereit sein. (Lachen auf der von Frauen überfüllten Zuhörertribüne.) Aber bei dem Stimmrecht heißt es: principiis obsta! Wer der Frau das Gemeindevahlrecht gibt, kann ihr das politische Stimmrecht nicht versagen. Das politische Stimmrecht aber führt zu Zwistigkeiten in der Familie. (Große Heiterkeit links und bei den Zuhörern). Entweder stimmt die Frau anders als der Mann, und dann kann es beim Mittagessen ja zu netten Auseinandersetzungen kommen. (Heiterkeit). Wir verzichten jedenfalls! (Sehr richtig! rechts.) Oder die Frau stimmt ebenso wie der Mann und dann bedeutet das Frauenstimmrecht ein Mehrstimmrecht für den Mann. (Lachen links). Wer das Frauenstimmrecht will, muß auch eine rege Anteilnahme der Frau am politischen Leben wollen. (Sehr richtig! links). Gerade davon wollen wir aber nicht zuletzt im Interesse der Frauen selbst nichts wissen. Das Frauenstimmrecht hat bisher noch nirgends die wirtschaftliche Lage der erwerbenden Frauen verbessert. Die Haltung der deutschen Frauen im Kriege ist über alles Lob erhaben, mit unerschütterlicher Standhaftigkeit haben sie alle Schwierigkeiten ertragen und halten aus bis zum siegreichen Ende. (Zurufe b. d. U. Soz.: Schöne Redensarten!) Aber bei aller Anerkennung muß ich doch sagen, daß diese Leistungen keine Rolle spielen gegenüber denen der Männer an der Front. Der Krieg lehrt die völlige Ungleichheit der beiden Geschlechter, das hat auch Anselma Heine anerkannt. Das Frauenstimmrecht scheidet die Tüchtigen aus, das hat sich in Amerika in Colorado gezeigt, aber herrschen sollen die Tüchtigen! (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Kaufmann (Ztr.): Schon jetzt können Frauen beratende Stimme in den städtischen Deputationen erhalten, so ganz unerträglich ist der gegenwärtige Zustand also nicht. Die Frauen haben sich bisher besonders für die mit sozialen Dingen und Wohlfahrtspflege befaßten Deputationen interessiert, darauf kann weitergebaut werden. Das aktive Frauenwahlrecht und die Teilnahme der Frauen am öffentlichen Leben ist nach kirchlichen Grundsätzen nichts Unerlaubtes, wir halten sie aber nicht für ersprießlich. Das sagen auch Frauen, die ihr ganzes Leben in den Dienst der Caritas gestellt haben. Die Verhältnisse im Ausland können für uns doch nicht maßgebend sein. (Sehr richtig! i. Ztr.) Wir lehnen ein Frauenstimmrecht in kommunalen und staatlichen Dingen ab. Dagegen sind wir einverstanden damit, daß Frauen als Beamte im Wohnungs-, Schul-, Sozialwesen usw. sachkundig mitberaten; aber das entwickelt sich ruhig von selber, dazu bedarf es keiner besonderen Gesetze. Auch eine staatliche Förderung der sozialen Frauenschulen ist wünschenswert. Die Eingaben des Bundes gegen die Frauenemanzipation usw. zeugen von Oberflächlichkeit und geringem Unterrichtsein; die darin aufgestellten Behauptungen entbehren größtenteils des Beweises.

Ein Regierungsvertreter erklärt, daß der Minister bereit ist, die Städteordnung im Sinne der Wünsche des Gemeindeausschusses abzuändern, so daß die Frauen in die wichtigsten Deputationen als stimmberechtigte Mitglieder eintreten können. Das solle jedoch nicht durch ein Sondergesetz geschehen; hoffentlich finde sich bald der Weg, um den Frauen dieses Recht zu geben.

Abg. Dr. Lewin (Fortsch. Vpt.): Wir treten ein für volle Gleichberechtigung der Frau, und wenn man auch nicht Mauern

einrennen kann, so müssen doch in absehbarer Zeit die Frauen die ihnen zustehenden Rechte erhalten. Wenn wir für das Frauenstimmrecht eintreten, so stelle ich fest, daß der Liberalismus nie etwas um seines eigenen Vorteils willen getan hat. (Gelächter rechts.) Die Frauen haben im Kriege Pflichten ausgeübt, man muß ihnen dazu auch Rechte geben. Noch 1903 wurde Minister Budde von der Rechten angegriffen, weil er zuviel Beamtinnen anstelle, heute loben Sie ihre Arbeit. Vor dem Kriege war die Zahl der erwerbstätigen Männer nur doppelt so groß als die der erwerbstätigen Frauen. Jetzt im Kriege hat sich das Verhältnis sehr zugunsten der Frauen verschoben. Die erwerbstätigen selbständigen Frauen haben die Steuerpflicht ebenso wie die Männer. Auch von der Rechten haben die Bestrebungen der Frauen Unterstützung erfahren. 1892 hat Graf Kanitz sich für das persönliche Gemeindevahlrecht ausgesprochen. Er sagte damals: Verderben Sie es mit Ihrer Wählerschaft! 1902 meinte ein anderer Konservativer, durch das aktive Frauenwahlrecht würde das Reichstagswahlrecht in seinen Wirkungen sehr gemindert werden. Auch der Abg. Trimborn hat gesagt: Wenn die Dinge reif sind, wollen wir darüber sprechen. Ich glaube, wir sind der Reife sehr nahe. (Zustimmung links.)

Abg. Hirsch-Berlin (Soz.): Der fortschrittliche Antrag hat als der weitestgehende den Vorzug vor anderen durch den Ausschuss abgeschwächten Anträgen. Wir werden den Versuch machen, bei der jetzigen Wahlrechtsvorlage auch die Frage des Frauenwahlrechts zu lösen, geben uns aber keinen allzu großen Hoffnungen hin. Das Volk wird die Antwort darauf geben, wenn die Kommission die Wahlreform zu verschleppen sucht.

Abg. Riepmann (natl.): Die Frauen haben in diesem Kriege Außerordentliches geleistet. Ich erinnere an die erfolgreiche Tätigkeit der Frau in der kommunalen Fürsorge. Hieraus leiten auch meine Freunde ihre Ansicht her, daß der Krieg uns auch auf diesem Gebiet ein großer Lehrmeister war und wir genötigt sind, ihr Arbeitsgebiet und ihre Rechte zu erweitern. Dem fortschrittlichen Antrag stehen wir wohlwollend gegenüber, weil wir wissen, daß die Frauen in den Gemeinden bereits Gutes leisten. Auch den Beschlüssen des Ausschusses stimmen wir zu. Eine Vorarbeit zur Wahlrechtsreform wollen wir hier aber nicht schaffen. Der Abg. Hirsch hat gesagt, daß es mit der rühmlichen Anerkennung der Frauen nicht getan sei, sondern daß die Frauen auch einen tatsächlichen Dank erwarten. Ich glaube das nicht. Die Frauen haben sich gerade jetzt im Kriege nur von ihrer idealen Auffassung leiten lassen.

Abg. v. Wognau (kons.): Die Sozialdemokratie geht in ihren Theorien immer sehr weit. Ich hoffe aber, daß sie sich nach und nach den Erfordernissen des wirklichen Lebens zuwenden und mit ihren Forderungen einlenken wird. Wichtiger als das Frauenstimmrecht ist die Beschränkung der unehelichen Geburten, die Fürsorge für die Mütter usw. Die Not der Frauen wird nach dem Kriege größer sein, als irgendeine andere Not. Hier müssen wir zu steuern suchen. Das ist wichtiger, als die Verleihung des Stimmrechts.

Abg. Ströbel (U.-Soz.) fordert das Reichstagswahlrecht für die Frauen.

Darauf wird die Beratung der Anträge zur Frauenfrage abgebrochen.

Das Haus vertagt sich.

Mittwoch 12 Uhr: Einbringung des Etats, Anträge zur Frauenfrage.

Schluß: 5 1/4 Uhr.